

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 §1, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 §1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit in den Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter parageinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 6. Dezember 2012 zur Organisation des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Dezember 2024;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsausschusses für den Bereich Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung vom 15. Januar 2025;

Aufgrund des Protokolls Nr. S1-2025 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. Januar 2025;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsausschusses für den Bereich selbstbestimmtes Leben vom 4. Februar 2025;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 5. Februar 2025;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Der vorliegende Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union.

Art. 2 – Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. September 1998, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird zwischen die Wortfolge „Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und das Wort „benennt“ die Wortfolge „oder sein Stellvertreter“ eingefügt.

2. In Spiegelstrich 1 wird das Wort „Beamten“ durch das Wort „Bediensteten“ ersetzt.

Art. 3 – Artikel 3 desselben Erlasses der Regierung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird in Satz 1 die Wortfolge „seinen Abteilungsleiter“ durch die Wortfolge „den Kontrollbeamten“ ersetzt und in Satz 2 das Wort „Kontrollbeamten“ durch die Wortfolge „unmittelbar Vorgesetzten des Personalmitglieds“ ersetzt.

2. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Abteilungsleiter“ durch das Wort „Kontrollbeamten“ ersetzt.

3. §3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Der Arzt stellt eine ärztliche Bescheinigung aus, aus der die Dauer der Abwesenheit wegen Krankheit des Personalmitglieds hervorgeht.“

4. §3 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Diese ärztliche Bescheinigung wird umgehend dem Kontrollbeamten übermittelt.“

5. In §3 Absatz 4 wird das Wort „Abteilungsleiter“ durch die Wortfolge „unmittelbar Vorgesetzten“ ersetzt.

Art. 4 – Artikel 3*bis* desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Generalsekretär“ durch die Wortfolge „Generalsekretär oder sein Stellvertreter“ ersetzt und das Wort „Abteilungsleiters“ durch die Wortfolge „zuständigen Fachbereichsleiters“ ersetzt.

2. In §3 wird das Wort „Generalsekretär“ durch die Wortfolge „Generalsekretär oder seinem Stellvertreter“ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel 4 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 13. März 2008, wird die Wortfolge „im Formular“ jeweils durch die Wortfolge „in der ärztlichen Bescheinigung“ ersetzt.

Art. 6 – Artikel 5 §2 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Abteilungsleiter“ durch die Wortfolge „unmittelbar Vorgesetzten“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „den für das Personal zuständigen Minister oder gegebenenfalls den dazu bevollmächtigten Generalsekretär“ durch die Wortfolge „den Generalsekretär oder seinen Stellvertreter“ ersetzt.

Art. 7 – Artikel 7 §1 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 24. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Abteilungsleiter“ durch die Wortfolge „zuständige Fachbereichsleiter“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „laut dem in Artikel 3 §3 angeführten Formular“ durch die Wortfolge „gemäß der in Artikel 3 §3 angeführten ärztlichen Bescheinigung“ ersetzt.

Art. 8 – Die Anlage desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird aufgehoben.

Art. 9 – In Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit in den Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 7. September 1998, werden die Zeile „Abteilungsleiter: Direktor der Einrichtung öffentlichen Interesses“ und die Zeile „Für das Personal zuständiger Minister: Aufsichtsminister der Einrichtung öffentlichen Interesses“ gestrichen.

Art. 10 – Artikel 9 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 9 – §1 - Die Offenerklärung von Stellen der Stufen I, II+ und II wird durch die Regierung beschlossen.

Die Offenerklärung von Stellen der Stufen III und IV wird durch den Generalsekretär oder seinen Stellvertreter nach Beratung mit dem Direktionsrat beschlossen.

§2 - Die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen der Stufen I, II+, II, III und IV werden durch den Generalsekretär oder seinen Stellvertreter beschlossen.

In Abweichung von Absatz 1 werden die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen der Dienstgrade der Ränge I.A und I.B durch die Regierung beschlossen.“

Art. 11 – In Artikel 11.2 Absatz 1 Satz 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird die Wortfolge „oder er ist als Vertragsbediensteter in der Stufe II+ oder I eingestellt worden“ eingefügt.

Art. 12 – In Artikel 49 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge „für die Ernennung“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel 9 §1“ ersetzt.

Art. 13 – In Artikel 66 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird die Wortfolge „für die Ernennung“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel 9 §1“ ersetzt.

Art. 14 – Artikel 70 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:
„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen für vollständige Leistungen gemäß Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 15 – Artikel 109 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 28. Oktober 2021 und vom 7. September 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge „, die der Beamte innerhalb einer Zeitspanne von vier Monaten nach dem Tag, an dem der Todesfall eingetreten ist, in Anspruch nimmt“ eingefügt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Vorbehaltlich anderer in Absatz 1 festgelegter Bestimmungen ist der Sonderurlaub am oder ab dem Tag selbst bzw. an den vorherigen oder an den folgenden Arbeitstagen des jeweiligen Anlasses in Anspruch zu nehmen.“

Art. 16 – In Artikel 109.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Der Urlaub wird innerhalb einer Zeitspanne von vier Monaten nach der Geburt in Anspruch genommen.“

Art. 17 – Artikel 146 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

„1.1 vollzeitiger politischer Urlaub;“

2. §1 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. vollzeitige Laufbahnunterbrechung;“

3. §1 Absatz 1 Nummer 6 wird aufgehoben.

4. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 - Der Krankheitsurlaub wird den Arbeitstagen angerechnet, die durch die ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit abgedeckt sind.“

Art. 18 – Artikel 148 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird zwischen die Wörter „Beginn“ und „eines“ die Wortfolge „oder im Laufe“ eingefügt.

2. §1 Absatz 2 wird aufgehoben.
3. §1 Absatz 3 wird aufgehoben.
4. Im einleitenden Satz von §2 wird die Angabe „Abschnitt 1“ gestrichen.

Art. 19 – Artikel 150 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 150 – Ein Beamter kann nicht als zeitweilig arbeitsunfähig im Sinne von Artikel 117 des Gesetzes vom 14. Februar 1961 über den Wirtschaftsaufschwung, den sozialen Fortschritt und die Sanierung der Finanzen erklärt werden, wenn er nicht alle ihm als Krankheitsurlaub zustehenden Tage aufgebraucht und die Behörde nicht Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung des Beamten ergriffen hat.“

Art. 20 – Artikel 151 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 Nummer 2 wird aufgehoben.
2. In Absatz 4 wird zwischen die Wörter „Beamte“ und „behält“ die Wortfolge „ist im aktiven Dienst und“ eingefügt.

Art. 21 – Artikel 152 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Der Beamte, der ein Wartegehalt aus Krankheitsgründen erhält, wird zu einer Kontrolle beim Gesundheitsdienst des Ministeriums aufgefordert, wenn die Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung des Beamten nicht erfolgreich waren.“

Art. 22 – Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge „das Abschlusszeugnis der Oberstufe“ durch die Wortfolge „der Befähigungsnachweis des sechsten Jahres“ ersetzt.
2. In Nummer 2 wird die Wortfolge „das Abschlusszeugnis der Oberstufe“ durch die Wortfolge „der Befähigungsnachweis des siebten Jahres“ ersetzt.
3. Nummer 3 wird aufgehoben.
4. In Nummer 5 wird die Wortfolge „das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis“ durch die Wortfolge „der Befähigungsnachweis“ ersetzt.
5. In Nummer 6 wird die Wortfolge „das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den Befähigungsnachweis“ durch die Wortfolge „der Befähigungsnachweis“ ersetzt.

Art. 23 – In Artikel 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, wird die Wortfolge „Artikel 2 §1 Nummer 8 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Artikel 5 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung“ ersetzt.

Art. 24 – Artikel 3 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 17. Januar 2013 und 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:
„Die Einstellungen werden vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter

beziehungsweise vom Geschäftsführenden Direktor innerhalb eines durch die Regierung beziehungsweise durch den Verwaltungsrat festgelegten Rahmens, der für einen durch die Regierung bestimmten Zeitraum die Höchstanzahl der Einstellungen unter den Gehaltstabellen jeder Stufe vorsieht, vorgenommen.“

2. §1 Absatz 3 wird aufgehoben.

3. §2 wird wie folgt wieder eingeführt:

„§2 - Die gegebenenfalls vorzeitige Beendigung von Arbeitsverhältnissen wird vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter beziehungsweise vom Geschäftsführenden Direktor vorgenommen.“

Art. 25 – Artikel 8 §1 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen für vollständige Leistungen gemäß Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 26 – In Artikel 9.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Der in Absatz 2 genannte Vertragsbedienstete kann in Abweichung von Artikel 8 §1 Absatz 2 in einer anderen Stufe als der, zu der sein Diplom Zugang gibt, eingestellt werden, wenn er in einer anderen belgischen oder ausländischen Behörde während mindestens sechs Jahren eine vergleichbare Funktion wahrgenommen hat.“

Art. 27 – Artikel 12 Absatz 2 letzter Satz desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

Art. 28 – In Artikel 12.1 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird zwischen Satz 1 und Satz 2, der zu Satz 3 wird, folgender Satz eingefügt:

„Ist die Einstellungsbehörde eine der in Artikel 1 Nummern 2-5 angeführten Einrichtungen, wird zu diesem Beschluss die Genehmigung der Regierung eingeholt.“

Art. 29 – In der Überschrift des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird das Wort „paragemeinschaftlicher“ gestrichen.

Art. 30 – Artikel 2 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt wieder eingeführt:

„4. die Personalmitglieder des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;“

2. In Absatz 1 werden folgende Nummern 6.1 und 6.2 eingefügt:

„6.1. die Personalmitglieder des Medienrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

6.2 die Personalmitglieder des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen;“

3. In Absatz 1 Nummer 7 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „6.2“ ersetzt.

4. In Absatz 1 Nummer 8 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „6.2“ ersetzt.

5. In Absatz 1 Nummer 9 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „6.2“ ersetzt.

6. In Absatz 1 Nummer 10 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „6.2“ ersetzt.

7. In Absatz 3 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „6.2“ ersetzt.

Art. 31 – Artikel 3 §2 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 20. Februar 2014 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort „paragemeinschaftlichen“ gestrichen.

2. Nummer 2 wird wie folgt wieder eingeführt:

„2. das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 angeführt werden, sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor der in Nummer 4 angeführten Kategorie angehörten;“

3. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

„5. der Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6.1 angeführt werden, sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor der in Nummer 6.1 angeführten Kategorie angehörten.“

Art. 32 – In Artikel 2.1 §1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 6. Dezember 2012 zur Organisation des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 3. Oktober 2024, wird zwischen die Wortfolge „getrennter Geschäftsführung“ und dem Wort „sämtliche“ die Wortfolge „sowie den mit einem Auftrag für den Dienst mit getrennter Geschäftsführung versehenen Bediensteten des Ministeriums oder des Unterrichtswesens“ eingefügt.

Art. 33 – Artikel 75 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird wie folgt ersetzt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen für vollständige Leistungen gemäß Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 34 – Artikel 121 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 28. Oktober 2021 und 7. September 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge „, die der Beamte innerhalb einer Zeitspanne von vier Monaten nach dem Tag, an dem der Todesfall eingetreten ist, in Anspruch nimmt“ eingefügt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Vorbehaltlich anderer in Absatz 1 festgelegter Bestimmungen ist der Sonderurlaub am oder ab dem Tag selbst bzw. an den vorherigen oder an den folgenden Arbeitstagen des jeweiligen Anlasses in Anspruch zu nehmen.“

Art. 35 – In Artikel 121.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Der Urlaub wird innerhalb einer Zeitspanne von vier Monaten nach der Geburt in Anspruch genommen.“

Art. 36 – Artikel 161 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

„1.1 vollzeitiger politischer Urlaub;“

2. §1 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. vollzeitige Laufbahnunterbrechung;“

3. §1 Absatz 1 Nummer 6 wird aufgehoben.

4. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 - Der Krankheitsurlaub wird den Arbeitstagen angerechnet, die durch die ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit abgedeckt sind.“

Art. 37 – Artikel 163 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird zwischen die Wörter „Beginn“ und „eines“ die Wortfolge „oder im Laufe“ eingefügt.

2. §1 Absatz 2 wird aufgehoben.

3. §1 Absatz 3 wird aufgehoben.

4. Im einleitenden Satz von §2 wird die Angabe „Absatz 1“ aufgehoben.

Art. 38 – Artikel 165 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

„Art. 165 – Ein Beamter kann nicht als zeitweilig arbeitsunfähig im Sinne von Artikel 117 des Gesetzes vom 14. Februar 1961 über den Wirtschaftsaufschwung, den sozialen Fortschritt und die Sanierung der Finanzen erklärt werden, wenn er nicht alle ihm als Krankheitsurlaub zustehenden Tage aufgebraucht und die Behörde nicht Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung des Beamten ergriffen hat.“

Art. 39 – Artikel 166 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 Nummer 2 wird aufgehoben.

2. In Absatz 4 wird zwischen die Wörter „Beamte“ und „behält“ die Wortfolge „ist im aktiven Dienst und“ eingefügt.

Art. 40 – Artikel 167 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

„Der Beamte, der ein Wartegehalt aus Krankheitsgründen erhält, wird zu einer Kontrolle beim Gesundheitsdienst des BRF aufgefordert, wenn die Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung des Beamten nicht erfolgreich waren.“

Art. 41 – In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

"Vorliegender Erlass findet keine Anwendung auf Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag, die das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der ihm aufgrund von Artikel 5 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung anvertrauten Aufgabe beschäftigt."

Art. 42 – Artikel 7 §1 Absatz 4 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

„Das Gehalt liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen für vollständige Leistungen gemäß Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 2005 zur Festlegung der Mindestrechte im Sinne von Artikel 9bis §5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.“

Art. 43 – Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 29 bis 31, die mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Art. 44 – Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2025.02.28 08:49:53
+01'00'

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in de organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragegemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 6 december 2012 houdende organisatie van de dienst met afzonderlijk beheer "Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs";

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 9 december 2024;

Gelet op het advies van het beheerscomité inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling, gegeven op 15 januari 2025;

Gelet op protocol nr. S1-2025 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 29 januari 2025;

Gelet op het advies van het beheerscomité inzake zelfbeschikkend leven, gegeven op 4 februari 2025;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 5 februari 2025;

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit:

Artikel 1 – Dit besluit voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2022/2041 van het Europees Parlement en de Raad van 19 oktober 2022 betreffende toereikende minimumlonen in de Europese Unie.

Art. 2 – In artikel 2 van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van 7 september 1998, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "of diens plaatsvervanger" ingevoegd tussen het woord "Gemeenschap" en het woord "benoemt";

2° in de bepaling onder het eerste streepje wordt het woord "ambtenaren" vervangen door het woord "personeelsleden".

Art. 3 – In artikel 3 van hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden in de eerste zin de woorden "zijn afdelingschef" vervangen door de woorden "de ambtenaar-controleur" en worden in de tweede zin de woorden "de ambtenaar-controleur" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere van het personeelslid";

2° in § 2, tweede lid, wordt het woord "afdelingschef" vervangen door het woord "ambtenaar-controleur";

3° in paragraaf 3 wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"De arts stelt een medisch attest op waaruit de duur van de afwezigheid wegens ziekte van het personeelslid blijkt.";

4° § 3, derde lid, wordt vervangen als volgt:

"Dit medisch attest wordt onmiddellijk bezorgd aan de ambtenaar-controleur.";

5° in § 3, vierde lid, wordt het woord "afdelingschef" vervangen door de woorden "onmiddellijke hiërarchische meerdere".

Art. 4 – In artikel 3*bis* van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Secretaris-generaal" vervangen door de woorden "Secretaris-generaal of diens plaatsvervanger" en worden de woorden "de afdelingschef" vervangen door de woorden "het bevoegd departementshoofd";

2° in paragraaf 3 wordt het woord "Secretaris-generaal" vervangen door de woorden "Secretaris-generaal of diens plaatsvervanger".

Art. 5 – In artikel 4 van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 13 maart 2008, wordt het woord "formulier" telkens vervangen door de woorden "medisch attest".

Art. 6 – In artikel 5, § 2, van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "afdelingschef" vervangen door de woorden "onmiddellijke hiërarchische meerdere";

2° in het tweede lid worden de woorden "Minister bevoegd inzake Personeel of, desgevallend, de ertoe gemachtigde Secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de Secretaris-generaal of diens plaatsvervanger,".

Art. 7 – In artikel 7, § 1, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 24 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de afdelingschef" vervangen door de woorden "het bevoegd departementshoofd";

2° in het derde lid worden de woorden "krachtens het formulier bedoeld in artikel 3, § 3, het recht niet had om uit te gaan" vervangen door de woorden "overeenkomstig het medisch attest vermeld in artikel 3, § 3, het recht niet had om de woning te verlaten".

Art. 8 – De bijlage bij hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt opgeheven.

Art. 9 – In artikel 3 van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in de organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het besluit van de Regering van 7 september 1998, worden de regel "Afdelingshoofd: Directeur van het organisme van openbaar nut" en de regel "Minister bevoegd inzake Personeel: Op het organisme toezichthoudende Minister" opgeheven.

Art. 10 – Artikel 9 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt vervangen als volgt:

"Art. 9 – § 1 – Voor de niveaus I, II+ en II beslist de Regering over de vacantverklaring van betrekkingen.

Voor de niveaus III en IV beslist de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger na overleg met de directieraad over de vacantverklaring van betrekkingen.

§ 2 – Voor de niveaus I, II+, II, III en IV beslist de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger over de toelatingen tot de stage en de benoemingen.

In afwijking van het eerste lid beslist de Regering over de toelatingen tot de stage en de benoemingen voor de dienstgraden van de rangen I.A en I.B."

Art. 11 – In artikel 11.2 van hetzelfde besluit van de Regering wordt het eerste lid, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013 en vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, aangevuld met de woorden "of is betrokkene contractueel personeelslid van niveau II+ of niveau I".

Art. 12 – In artikel 49 van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "tot benoemen" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel 9, § 1,".

Art. 13 – In artikel 66, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering worden de woorden "tot benoemen bevoegde overheid verklaard" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel 9, § 1, bevoegde overheid verklaart".

Art. 14 – In artikel 70 van hetzelfde besluit van de Regering wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"De wedde is nooit lager dan het gewaarborgd minimuminkomen voor volledige prestaties overeenkomstig artikel 5 van het koninklijk besluit van 3 juli 2005 tot bepaling van de minimale rechten in de zin van artikel 9bis, § 5, van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel."

Art. 15 – In artikel 109 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 28 oktober 2021 en 7 september 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt aangevuld met de woorden ", die de ambtenaar opneemt binnen vier maanden na de dag van het overlijden";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van andere bepalingen die zijn vastgelegd in het eerste lid, wordt het bijzonder verlof opgenomen op of vanaf de dag van de gebeurtenis die aanleiding geeft tot het verlof, dan wel op de werkdagen die voorafgaan aan of volgen op die gebeurtenis."

Art. 16 – In artikel 109.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het decreet van 7 september 2023, wordt tussen het eerste en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een nieuw lid ingevoegd, luidende:

"Het geboorteverlof wordt opgenomen in de eerste vier maanden na de geboorte."

Art. 17 – In artikel 146 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt een bepaling onder 1.1° ingevoegd, luidende:

"1.1° voltijds politiek verlof;"

2° in § 1, eerste lid, wordt de bepaling onder 3° vervangen als volgt:

"3° voltijdse loopbaanonderbreking;"

3° in § 1, eerste lid, wordt de bepaling onder 6° opgeheven;

4° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 – De werkdagen die gedekt worden door een medisch attest van arbeidsongeschiktheid, worden in mindering gebracht van het saldo van het ziekteverlof."

Art. 18 – In artikel 148 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "of tijdens" ingevoegd tussen het woord "van" en het woord "een";

2° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

3° § 1, derde lid, wordt opgeheven;

4° in de inleidende zin van paragraaf 2 worden de woorden ", lid 1," opgeheven.

Art. 19 – Artikel 150 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt:

"Art. 150 – Een ambtenaar kan niet tijdelijk arbeidsongeschikt worden verklaard in de zin van artikel 117 van de wet van 14 februari 1961 voor economische expansie, sociale vooruitgang en financieel herstel als hij niet alle verlofdagen wegens ziekte die hem toekomen, heeft opgebruikt en de overheid geen maatregelen heeft genomen om de ambtenaar professioneel te re-integreren."

Art. 20 – In artikel 151 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid wordt de bepaling onder 2° opgeheven;

2° in het vierde lid worden de woorden "is in actieve dienst en" ingevoegd tussen het woord "ambtenaar" en het woord "behoudt".

Art. 21 – In artikel 152 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt het eerste lid vervangen als volgt:

"De ambtenaar die wegens ziekte een wachtwedde krijgt, wordt opgeroepen voor een controle bij de gezondheidsdienst van het Ministerie wanneer de maatregelen voor de professionele re-integratie van de ambtenaar niet succesvol waren."

Art. 22 – In artikel 18.1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "getuigschrift van het hoger" vervangen door de woorden "bekwaamheidsgetuigschrift van het zesde jaar van het";

2° in de bepaling onder 2° worden de woorden "getuigschrift van het hoger" vervangen door de woorden "bekwaamheidsgetuigschrift van het zevende jaar van het";

3° de bepaling onder 3° wordt opgeheven;

4° in de bepaling onder 5° worden de woorden "het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het beroepsonderwijs in de studierichting Kinderverzorging, aangevuld met" opgeheven;

5° in de bepaling onder 6° worden de woorden "het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Gezinshulp, aangevuld met" opgeheven.

Art. 23 – In artikel 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 september 2017, worden de woorden "artikel 2, § 1, 8°, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap" vervangen door de woorden "artikel 5, eerste lid, 5°, van het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling".

Art. 24 – In artikel 3 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 17 januari 2013 en 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"De indienstnemingen worden verricht door de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger dan wel door de afgevaardigd directeur binnen het door de Regering respectievelijk door de beheerraad vastgelegde kader van het maximumaantal indienstnemingen in elk weddeschaalniveau gedurende een door de Regering bepaalde periode.";

2° § 1, derde lid, wordt opgeheven;

3° paragraaf 2 wordt hersteld als volgt:

"§ 2 – De arbeidsverhouding wordt desgevallend vroegtijdig beëindigd door de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger dan wel door de afgevaardigd directeur."

Art. 25 – In artikel 8, § 1, van hetzelfde besluit van de Regering wordt het derde lid vervangen als volgt:

"De wedde is nooit lager dan het gewaarborgd minimuminkomen voor volledige prestaties overeenkomstig artikel 5 van het koninklijk besluit van 3 juli 2005 tot bepaling van de minimale rechten in de zin van artikel 9bis, § 5, van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel."

Art. 26 – In artikel 9.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt een derde lid ingevoegd, luidende:

"Het contractueel personeelslid vermeld in het tweede lid kan in afwijking van artikel 8, § 1, tweede lid, in dienst genomen worden in een ander niveau dan dat waartoe zijn diploma toegang verleent, als dat personeelslid minstens zes jaar een vergelijkbare functie vervuld heeft bij een andere Belgische of buitenlandse overheid."

Art. 27 – In artikel 12, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt de laatste zin opgeheven.

Art. 28 – In artikel 12.1, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt tussen de eerste zin en de tweede zin, die de derde zin wordt, een nieuwe zin ingevoegd, luidende:

"Als de in dienst nemende overheid een van de instellingen vermeld in artikel 1, 2° tot 5°, is, wordt voor dit besluit de goedkeuring van de Regering gevraagd."

Art. 29 – In het opschrift van het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragegemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap wordt het woord "paragegemeenschappelijke" opgeheven.

Art. 30 – In artikel 2 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 4° hersteld als volgt:

"4° de personeelsleden van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;"

2° in het eerste lid worden de bepalingen onder 6.1° en 6.2° ingevoegd, luidende:

"6.1° de personeelsleden van de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap;

6.2° de personeelsleden van de dienst met afzonderlijk beheer Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs;"

3° in het eerste lid, 7°, worden de woorden "3° tot 6°" vervangen door de woorden "3° tot 6.2°";

4° in het eerste lid, 8°, worden de woorden "1° tot 6°" vervangen door de woorden "1° tot 6.2°";

5° in het eerste lid, 9°, worden de woorden "1° tot 6°" vervangen door de woorden "1° tot 6.2°";

6° in het eerste lid, 10°, worden de woorden "1° tot 6°" vervangen door de woorden "1° tot 6.2°";

7° in het derde lid worden de woorden "1° tot 6°" vervangen door de woorden "1° tot 6.2°".

Art. 31 – In artikel 3, § 2, derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 20 februari 2014 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt het woord "paragegemeenschappelijke" opgeheven;

2° de bepaling onder 2° wordt hersteld als volgt:

"2° het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, eerste lid, 4°, alsook voor de personen bedoeld in de bepalingen onder 7° en 8°, indien ze voordien tot de categorie vermeld in de bepaling onder 4° behoorden;"

3° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, eerste lid, 6.1°, alsook voor de personen bedoeld in de bepalingen onder 7° en 8°, indien ze voordien tot de categorie vermeld in de bepaling onder 6.1° behoorden."

Art. 32 – In artikel 2.1, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 6 december 2012 houdende organisatie van de dienst met afzonderlijk beheer "Service en Logistiek in het Gemeenschapsonderwijs", ingevoegd bij het besluit van de Regering van 3 oktober 2024, worden de woorden "alsook de personeelsleden van het Ministerie of van het onderwijs die belast zijn met een opdracht voor de dienst van afzonderlijk beheer" ingevoegd tussen de woorden "afzonderlijk beheer" en het woord "alle".

Art. 33 – In artikel 75 van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"De wedde is nooit lager dan het gewaarborgd minimuminkomen voor volledige prestaties overeenkomstig artikel 5 van het koninklijk besluit van 3 juli 2005 tot bepaling van de minimale rechten in de zin van artikel 9bis, § 5, van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel."

Art. 34 – In artikel 121 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 28 oktober 2021 en 7 september 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt aangevuld met de woorden ", die de ambtenaar opneemt binnen vier maanden na de dag van het overlijden";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van andere bepalingen die zijn vastgelegd in het eerste lid, wordt het bijzonder verlof opgenomen op of vanaf de dag van de gebeurtenis die aanleiding geeft tot het verlof, dan wel op de werkdagen die voorafgaan aan of volgen op die gebeurtenis."

Art. 35 – In artikel 121.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het decreet van 7 september 2023, wordt tussen het eerste en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een nieuw lid ingevoegd, luidende:

"Het geboorteverlof wordt opgenomen in de eerste vier maanden na de geboorte."

Art. 36 – In artikel 161 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt een bepaling onder 1.1° ingevoegd, luidende:

"1.1° voltijds politiek verlof;"

2° in § 1, eerste lid, wordt de bepaling onder 3° vervangen als volgt:

"3° voltijdse loopbaanonderbreking;"

3° in § 1, eerste lid, wordt de bepaling onder 6° opgeheven;

4° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 – De werkdagen die gedekt worden door een medisch attest van arbeidsongeschiktheid, worden in mindering gebracht van het saldo van het ziekteverlof."

Art. 37 – In artikel 163 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "of tijdens" ingevoegd tussen het woord "van" en het woord "een";

2° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

3° § 1, derde lid, wordt opgeheven;

4° in de inleidende zin van paragraaf 2 worden de woorden ", eerste lid," opgeheven.

Art. 38 – Artikel 165 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 165 – Een ambtenaar kan niet tijdelijk arbeidsongeschikt worden verklaard in de zin van artikel 117 van de wet van 14 februari 1961 voor economische expansie, sociale vooruitgang en financieel herstel als hij niet alle verlofdagen wegens ziekte die hem toekomen, heeft opgebruikt en de overheid geen maatregelen genomen heeft om de ambtenaar professioneel te re-integreren."

Art. 39 – In artikel 166 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid wordt de bepaling onder 2° opgeheven;

2° in het vierde lid worden de woorden "is in actieve dienst en" ingevoegd tussen het woord "ambtenaar" en het woord "behoudt".

Art. 40 – In artikel 167 van hetzelfde besluit van de Regering wordt het eerste lid vervangen als volgt:

"De ambtenaar die wegens ziekte een wachtwedde krijgt, wordt opgeroepen voor een controle bij de gezondheidsdienst van het BRF wanneer de maatregelen voor de professionele re-integratie van de ambtenaar niet succesvol waren."

Art. 41 – In artikel 1 van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een tweede lid ingevoegd, luidende:

"Dit besluit is niet van toepassing op werknemers in de zin van de wet van 7 april 1999 betreffende de PWA-arbeidsovereenkomst die tewerkgesteld worden door de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap in het kader van de taak die aan die dienst wordt toevertrouwd bij artikel 5, eerste lid, 5°, van het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling."

Art. 42 – In artikel 7, § 1, van hetzelfde besluit van de Regering wordt het vierde lid vervangen als volgt:

"De wedde is nooit lager dan het gewaarborgd minimuminkomen voor volledige prestaties overeenkomstig artikel 5 van het koninklijk besluit van 3 juli 2005 tot bepaling van de minimale rechten in de zin van artikel 9bis, § 5, van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel."

Art. 43 – Dit besluit treedt in werking op de dag dat het wordt aangenomen, met uitzondering van de artikelen 29 tot 31, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2025.

Art. 44 – De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën

O. PAASCH